

Ein Kreistag der einstimmigen Beschlüsse
Rhein-Hunsrück-Zeitung
Donnerstag, 21. Juni 2018

Ein Kreistag der einstimmigen Beschlüsse

Sitzung Gremium folgt in allen Tagesordnungspunkten den Empfehlungen des Kreisausschusses

Von unserem Redaktionsleiter
Thomas Torkler

■ Rhein-Hunsrück. Eine Stunde dauerte die Sitzung, und alle Punkte der unspektakulären Tagesordnung waren ausnahmslos einstimmig durchgewinkt. Für eine Kreistagsitzung ein nicht alltäglicher Vorgang. Das hatte Landrat Marlon Bröhr offenbar auch bei der Eröffnung im Hinterkopf, als er die Auszubildenden der Kreisverwaltung im Zuschauerraum begrüßte, mit der Bemerkung, sie seien herzlich wieder eingeladen, wenn die Tagesordnung kontroversere Debatten erwarten lasse.

Zunächst gab es allerdings doch ein kleines Geplänkel. Grünen-Fraktionssprecher Hans Dunger wollte seinen Fraktionskollegen Joachim Baumgarten im Ehrenamtsausschuss vertreten, der im Anschluss an die Kreistagsitzung anberaunt war, und stellte den Antrag, dass darüber abgestimmt werde. Hintergrund: Dunger wollte auf diese Weise nicht nur als Zuhörer dem Ehrenamtsausschuss beiwohnen, sondern als ordentliches Mitglied. Eine Änderung der Tagesordnung muss aber mit Zweidrittel-Mehrheit beschlossen werden. Doch die wurde verfehlt. Thema erledigt.

Mehr als zwei Drittel, nämlich alle Kreistagsmitglieder, gaben aber dem neuen Namen der Simmerner Realschule plus ihre Zustimmung und folgten damit der Empfehlung des Kreisausschusses (wir berichteten). Die Schule heißt fortan „Friedrich Karl Ströher Realschule plus Simmern“. Rektor Raoul Roth beschrieb kurz den Weg bis zur Namensfindung, der schließlich in einen Beschluss der Gesamtkonferenz gemündet sei. Dieter Merten, Vorsitzender des Freundeskreises Friedrich Karl Ströher, berichtete, dass Schule und Ströherverein sich einig darüber seien, dass der neue Schulname auch mit Inhalten gefüllt werden solle.

Ströher war kein Mitläufer

„Ströher gibt auch inhaltlich etwas her. Er hatte Ehrgeiz, Mut und Fantasie und hat – ohne Geld – seine Ziele verfolgt, was den Schülern ein Beispiel sein kann“, sagte Merten. Ströher sei kein Mitläufer gewesen, der sich der Zeitstimmung angeschlossen habe. Er habe sich als absoluter Kriegsgegner bereits nach dem Ersten Weltkrieg für die



Das Schild am Schulgebäude (unten links im Bild) bedarf einer Vergrößerung: „Friedrich Karl Ströher Realschule plus Simmern“ muss künftig darauf stehen, denn so lautet der vom Kreistag einstimmig beschlossene Name der Schule.

Foto: Werner Dupuis

Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt, die erst viele Jahrzehnte später erfolgen sollte. Für die Schulgemeinschaft bedeute der neue Name, „dass nicht nur ein Name da ist, sondern dieser auch gelebt wird“, sagte Dieter Merten.

Simmerns Stadtbürgermeister Andreas Nikolay stimmte für die CDU-Fraktion zu: „Eine sehr gute Wahl. Das passt, weil Ströher jemand war, der nie aufgegeben hat. Ströher kann als Orientierungspunkt für die Schüler dienen.“

Als Kriegsgegner sei der Hunsrück-Maler den Mitgliedern der SPD-Fraktion schon mal sympathisch, führte Michael Maurer aus. Und: „Ströher hat sozialdemokratische Ziele verfolgt und ist ein Aushängeschild für den Hunsrück.“ Wer hätte da noch dagegen stimmen können? Der Schulname – nur geringfügig kürzer als „Heuss-Adenauer Mittelrhein-Realschule plus Oberwesel“ – war damit einstimmig beschlossene Sache.

Ebenso einig folgte der Kreistag der Empfehlung des Kreisausschusses bei der Entgeltordnung

für die Kreismusikschule, die künftig eine Ermäßigung für Schüler aus heimischen Musikvereinen vorsieht (wir berichteten). Der Landrat erläuterte, wie wichtig die Schnittstelle zwischen den Vereinen und der Kreismusikschule sei. Musikschulleiter Peter Schulz betonte die Notwendigkeit eines aktiven Musikvereins in den Gemeinden: „Durch die Zusammenarbeit mit den Vereinen, unter anderem durch Eltern-Kind-Gruppen und musikalische Früherziehung, erreichen wir die Familien.“

Michael Maurer sagte für die SPD: „Das stärkt die Kreismusikschule, und die Musikvereine profitieren davon.“ CDU-Fraktionssprecher Wolfgang Wagner hatte dem nicht mehr viel hinzuzufügen und spielte auf die 0:1-Niederlage der Fußballnationalmannschaft gegen Mexiko an: „Nach dem Elend am Sonntag freuen wir uns über diese Gute-Laune-Tagesordnung.“

Und die gute Laune ging weiter – obwohl (oder weil?) sogar das Thema Mittelrheinbrücke gestreift wurde. Die formelle Zustimmung zur möglichen Vorverlegung der Bundesgartenschau von 2031 auf

2029 erfolgte ebenfalls einstimmig. Michael Maurer sagte zuvor: „Wir hätten die Mittelrheinbrücke zur Realisierung der Bundesgartenschau 2031 nicht gebraucht. Wir brauchen sie auch 2029 nicht, wenngleich ich hoffe, dass sie schnellstmöglich kommt.“

Horrorvorstellung oder Ansporn?

Roger Mallmann trat für die Linke auf die Bremse. Die Landesregierung mache Druck in Sachen Brücke. „Eine Baustelle zur Bundesgartenschau ist für mich allerdings eine Horrorvorstellung“, sagte Mallmann und forderte, sämtliche Pläne zur Brücke bis nach der Buga zurückzustellen.

Stefan Wickert (FWG) drehte den Spieß rum: „Ich sehe das genau umgekehrt. Der frühere Buga-Termin spornt eher an. Es ginge in 11 Jahren, und wenn wir uns hier bemühen, kriegen wir das hin.“

Das war dem Landrat dann doch zu viel Brücke auf einmal: „Wir führen die Brückendiskussion gern, aber nicht heute“, machte Marlon Bröhr deutlich, was Hans Dunger nicht davon abhielt, trotzdem seinen Brückensenf dazuzugeben: „Die Buga-Gesellschaft ist doch froh, wenn wir es schon 2029 machen. Und bis dahin ist die Brücke fertig.“ Dieser letzte visionäre Satz brachte Dunger dann sogar noch die Anerkennung der Genossen ein. Walter Bersch lobte: „Das war mal gut geschwätzt.“ Und damit war nach einer Stunde auch ausgeschwätzt im Kreistag.

Alexandra Erikson erkundigte sich noch nach dem Sachstand im Fall Abuev. Im Streit um einen Aufenthaltstitel für die seit Anfang Februar im Kirchenasyl lebende Familie Abuev in Simmern gibt es keine Neuigkeiten. „Wir warten immer noch auf die Pässe“, sagte Landrat Marlon Bröhr. Und die Vorsitzende des Kreisrechtsausschusses, Andrea Deges-Becker, erklärte auf Eriksons Nachfrage, dass die anberaumte Sitzung des Kreisrechtsausschusses, in dem das Thema behandelt werden sollte, vertagt werden musste. Der Anwalt der Familie hatte um Terminverlegung gebeten, da er zeitgleich parallele Gerichtstermine wahrzunehmen hatte. Diesem Ansinnen ist die Verwaltung nachgekommen.